Stand: 16.07.2025 14:22:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8656

"Lokal-TV in Bayern - Planungssicherheit für die Zukunft"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/8656 vom 25.06.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/10185 des WI vom 22.09.2020
3. Beschluss des Plenums 18/10502 vom 13.10.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 13.10.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.06.2020 **Drucksache** 18/**8656**

Antrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Marcel Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Eric Beißwenger, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Petra Guttenberger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Manfred Ländner, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Ulrike Scharf, Angelika Schorer, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Georg Winter CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Lokal-TV in Bayern – Planungssicherheit für die Zukunft

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zu einer vielfältigen und flächendeckenden Medienlandschaft in allen Regionen Bayerns. Die Angebote des lokalen und regionalen Fernsehens (Lokal-TV) sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Medienlandschaft und sollen das auch in Zukunft bleiben.

Der Landtag hält es daher für richtig, dass die privaten Lokal-TV-Anbieter in Zeiten der Corona-Krise angesichts eines deutlichen Rückgangs der Werbeeinahmen zusätzliche staatliche Unterstützung im Rahmen einer Sonderförderung für die Herstellung und Verbreitung ihrer Programme erhalten.

Die Staatsregierung soll sich auch weiterhin für gute und verlässliche Rahmenbedingungen für das Lokal-TV in Bayern einsetzen und dabei berücksichtigen:

– Der Landtag befürwortet, dass die Staatsregierung bereits eine Verlängerung der Förderung des lokalen und regionalen Fernsehens auf Grundlage des Art. 23 Bayerisches Mediengesetz (BayMG) über den 31. Dezember 2020 hinaus vorbereitet, und fordert die Staatsregierung auf, zeitnah einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, damit den lokalen und regionalen Fernsehanbietern eine mittelfristige Perspektive für ihre anstehenden Investitionen eröffnet wird.

– Der Landtag unterstützt die vorgesehene Konzentration der Satellitenübertragung in Absprache mit den einzelnen Lokal-TV-Anbietern und der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM). Dadurch können sich die Kosten für die Satellitenübertragung reduzieren, so dass mit den dadurch freiwerdenden Mitteln die stärkere Förderung der Herstellungskosten und damit auch eine weitere Qualitätssteigerung der Lokalprogramme möglich ist.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, die Lokal-TV-Anbieter gemeinsam mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) bei der Erschließung neuer digitaler Verbreitungswege, insbesondere digitaler Medienplattformen, und damit auch neuer Zielgruppen für lokale und regionale Inhalte zu begleiten.

Begründung:

Die Angebote des Lokal-TV liefern täglich aktuelle und verlässliche Informationen über das Geschehen in allen Regionen Bayerns und tragen damit wesentlich zur medialen Vielfalt bei, nicht zuletzt auch dank einer kraftvollen Förderung durch den Freistaat Bayern.

Gerade in Krisenzeiten wird die Bedeutung von Qualitätsmedien und Qualitätsjournalismus einmal mehr deutlich. Da die Auswirkungen der Corona-Pandemie gleichzeitig aber auch zu reduzierten Werbeeinnahmen und damit erheblichen Umsatzeinbußen bei den privaten Lokal-TV-Anbietern führen, werden diese durch den Freistaat aktuell mit einer Sonderförderung von 500.000 Euro für Herstellung und Verbreitung ihrer Programme zusätzlich unterstützt.

Art. 23 BayMG zur Förderung von lokalen und regionalen Fernsehangeboten tritt zum 31. Dezember 2020 außer Kraft. Diese Vorschrift regelt die Förderung von lokalen und regionalen Fernsehangeboten, damit die Bevölkerung flächendeckend und gleichwertig mit hochwertigen lokalen und regionalen Fernsehangeboten versorgt wird. Eine Verlängerung von Art. 23 BayMG über dieses Datum hinaus ist für die Planungssicherheit der Anbieter erforderlich.

Die Lokal-TV-Anbieter wollen ab dem Jahr 2021 die bisherige Satellitenverbreitung ihrer Programme auf weniger Satelliten-Sendeplätze konzentrieren und in diesem Zusammenhang Sendegebiete zusammenlegen. Eine damit verbundene Kostenreduzierung bei der Satellitenverbreitung verschafft Spielräume für eine verstärkte Förderung der Herstellungskosten der jeweiligen Programme. Aufgrund der damit einhergehenden Restrukturierung (Änderung des Zuschnittes der Sendegebiete, technische Umrüstung der lokalen Playouts, Kommunikation der geänderten Satellitenplätze) und des technischen Fortschritts im digitalen Bereich werden mittelfristig weitere Investitionen erforderlich.

Angesichts veränderter Mediennutzung bedarf es auch der Erschließung neuer digitaler Verbreitungswege, um neue Alters- bzw. Zielgruppen für eine hochwertige Berichterstattung aus den Regionen Bayerns zu gewinnen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.09.2020 **Drucksache** 18/**10185**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Marcel Huber u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/**8656**

Lokal-TV in Bayern - Planungssicherheit für die Zukunft

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Dr. Beate Merk**
Mitberichterstatter: **Benjamin Adjei**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 2. Juli 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 22. September 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Zustimmung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 13.10.2020 **Drucksache** 18/**10502**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Marcel Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Eric Beißwenger, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Petra Guttenberger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Manfred Ländner, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Ulrike Scharf, Angelika Schorer, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Georg Winter CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**8656**, 18/**10185**

Lokal-TV in Bayern – Planungssicherheit für die Zukunft

Der Landtag bekennt sich zu einer vielfältigen und flächendeckenden Medienlandschaft in allen Regionen Bayerns. Die Angebote des lokalen und regionalen Fernsehens (Lokal-TV) sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Medienlandschaft und sollen das auch in Zukunft bleiben.

Der Landtag hält es daher für richtig, dass die privaten Lokal-TV-Anbieter in Zeiten der Coronakrise angesichts eines deutlichen Rückgangs der Werbeeinahmen zusätzliche staatliche Unterstützung im Rahmen einer Sonderförderung für die Herstellung und Verbreitung ihrer Programme erhalten.

Die Staatsregierung soll sich auch weiterhin für gute und verlässliche Rahmenbedingungen für das Lokal-TV in Bayern einsetzen und dabei berücksichtigen:

– Der Landtag befürwortet, dass die Staatsregierung bereits eine Verlängerung der Förderung des lokalen und regionalen Fernsehens auf Grundlage des Art. 23 Bayerisches Mediengesetz (BayMG) über den 31. Dezember 2020 hinaus vorbereitet, und fordert die Staatsregierung auf, zeitnah einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, damit den lokalen und regionalen Fernsehanbietern eine mittelfristige Perspektive für ihre anstehenden Investitionen eröffnet wird.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– Der Landtag unterstützt die vorgesehene Konzentration der Satellitenübertragung in Absprache mit den einzelnen Lokal-TV-Anbietern und der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM). Dadurch können sich die Kosten für die Satellitenübertragung reduzieren, so dass mit den dadurch freiwerdenden Mitteln die stärkere Förderung der Herstellungskosten und damit auch eine weitere Qualitätssteigerung der Lokalprogramme möglich ist.

– Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, die Lokal-TV-Anbieter gemeinsam mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) bei der Erschließung neuer digitaler Verbreitungswege, insbesondere digitaler Medienplattformen, und damit auch neuer Zielgruppen für lokale und regionale Inhalte zu begleiten.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Josef Zellmeier
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Maximilian Deisenhofer
Abg. Christian Klingen
Abg. Annette Karl
Abg. Helmut Markwort
Abg. Nikolaus Kraus

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Antrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Marcel Huber u. a. (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Lokal-TV in Bayern - Planungssicherheit für die Zukunft (Drs. 18/8656)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist Herr Kollege Josef Zellmeier für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein Land der Vielfalt. Es hat vielfältige Regionen, und genauso vielfältig wie die Regionen ist auch unser lokales Fernsehangebot. Die lokalen Fernsehsender sind eine wichtige Ergänzung unserer Medienstruktur in Bayern, und sie bringen tägliche Informationen aus der Region, aus der nächsten Heimat. Damit sind sie ein ganz wichtiger Teil unserer Informationskanäle. Natürlich hat der Bayerische Rundfunk seine Präsenz in der Region ausgebaut, aber er wird nie die Dichte erreichen können, wie das die lokalen Fernsehsender tun.

Immerhin, rund eine dreiviertel Million Menschen sehen an einem durchschnittlichen Werktag die bayerischen Lokalfernsehsender. Das ist ein konstant hoher Wert, der immer so zwischen 730.000 und 800.000 Zuschauern schwankt. Immerhin 80 % der Zuschauer bewerten dieses Angebot als sympathisch, glaubwürdig und aktuell.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle kennen "Plenum TV". Auch heute wurden wieder Interviews durchgeführt. Ich glaube, das ist sehr wichtig, damit die Arbeit des Landtags auf die Region heruntergebrochen wird, auch auf die einzelnen Abgeordneten, und damit die Menschen sehen, was hier geleistet wird. "Plenum TV" wird von den lokalen Sendern getragen.

Diese vielfältige Struktur wollen wir, seitens der CSU-Fraktion, seitens der Regierungskoalition erhalten und weiter ausbauen. Dazu gehört auch eine gute Empfangbarkeit. Breitband und digitale Satelliten sind noch immer die wichtigsten Wege, und dabei dürfen wir den Satelliten nicht unterschätzen. Obwohl andere Verbreitungsformen wichtiger werden, wird der Satellit noch für einen längeren Zeitraum ganz entscheidend sein. Hier wird ein Drittel der Gesamtreichweite und auch ein wesentlicher Teil der Werbeeinnahmen erreicht. Wenn wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land wollen, dann gehört dazu auch das Informationsangebot. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, am Land gibt es weniger Kunden und auch weniger zahlungskräftige Werbefirmen bzw. Firmen, die werben. Gerade am Land ist es deshalb wesentlich schwieriger, das Angebot des Lokalfernsehens zu finanzieren. Um diesen Stadt-Land-Ausgleich zu schaffen, brauchen wir staatliche Unterstützung bei den Verbreitungskosten für das lokale Fernsehen.

Wir haben schon vor vielen Jahren, nämlich 2008, eine Förderung eingeführt, und wir haben sie auch erhöht. Mittlerweile liegt sie bei 12,5 Millionen pro Jahr. Das gibt es so in keinem anderen Bundesland. Diese Förderung sichert den Fortbestand einer vielfältigen lokalen Struktur. Sie sichert beste Informationen für die Bevölkerung vor Ort. Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle möchte ich auch erwähnen, dass diese Förderung von der Fraktion der GRÜNEN immer abgelehnt worden ist. Wir hingegen haben im Doppelhaushalt 2017/2018 2,5 Millionen Euro draufgelegt. Sie sehen also, wem der ländliche Raum mit seiner vielfältigen Struktur wichtig ist. Die Zukunftsinvestitionen müssen wir tätigen. Dabei müssen wir den Anbietern helfen. Sie brauchen Planungssicherheit, sie müssen wissen, wie es in den nächsten Jahren weitergeht. In der Corona-Krise haben wir gesehen, wie wichtig diese differenzierten örtlichen Informationen waren. Es gab in jeder Region unterschiedliche Auflagen. Die gibt es heute noch, sogar noch verstärkt und regional differenziert. Das wurde von den Fernsehsendern hervorragend begleitet, bis hin zu Gottesdiensten in der Zeit, als die Gottesdienste nicht besucht werden konnten. Ich habe selbst ein paar Mal Übertragungen in hervorragender Qualität angeschaut. Es war ein örtliches Angebot mit Prie-

stern, die man kennt. Die lokalen Sender waren also zugegen. In der coronabedingt schwierigen Zeit mit erhöhtem Arbeitsaufwand und ausfallenden Werbeeinnahmen haben wir den Sendern geholfen. 500.000 Euro hat die Staatsregierung zusätzlich bereitgestellt. Insgesamt gab es aus dem Corona-Sonderfonds 2 Millionen Euro für die lokalen Medien: 1 Million Euro für die lokalen Wochenzeitungen wegen des Werberückgangs, 500.000 Euro gab es für die TV-Anbieter und genauso viel für die Hörfunkanbieter. – Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen zu unserer lokalen Struktur, wir stärken sie und richten sie zukunftsfähig aus.

Wenn wir über Satellitenübertragung reden, dann reden wir auch über Kostenreduzierung, denn die lokalen Fernsehsender haben vereinbart, die Sendegebiete zusammenzulegen und damit Kosten zu sparen. Das ist zukunftsweisend, denn damit eröffnen sie Spielräume, um mit den Fördermitteln auch die Herstellungs- und Programmkosten zu unterstützen. Nicht nur die Qualität, sondern auch die Übertragung des Programms ist uns sehr wichtig. Wir begrüßen deshalb diesen richtigen und wichtigen Weg der Neuausrichtung und Konzentration.

Für die Zukunftsfähigkeit kommt es auch auf die neuen digitalen Verbreitungswege an. Gerade die jüngere Zielgruppe ist in diesem Bereich ganz stark unterwegs. Im Alter von 14 bis 29 Jahren werden rund 60 % der Videozeit für Video-on-Demand verbraucht, das ist mehr als die Hälfte. Darauf muss man sich einstellen. Man muss auch die jüngere Generation gewinnen, denn aktuell sind rund zwei Drittel der Zuschauer von Lokal TV in der Generation über 50. Das heißt, hier besteht ein großer Bedarf, denn lokale Nachrichten zu sehen und zu hören, bedeutet auch, Heimatgefühl und Identifikation zu entwickeln. Deshalb muss in diesem Bereich auch nachgesteuert werden, damit wir die jungen Menschen dort abholen, wo sie sind, nämlich auf diesen digitalen Plattformen. Auch dem Ziel soll die Förderung dienen, jüngere Altersgruppen an die lokalen Fernsehsender, an die lokalen Medien heranzuführen.Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb lautet unser Motto: Wir wollen den Lokalsendern über die Corona-Krise hinweghelfen. Wir wollen sie stützen und in den kommenden Jahren si-

chern. Wir wollen den Weg für digitale Zukunft bereiten. Das ist das Ziel dieses Antrags.

Ich danke an dieser Stelle der Staatsregierung, die sehr zeitnah ein Gesetz auf den Weg gebracht hatte, das bereits in der Ersten Lesung war. In diesem Gesetz ist alles verankert, was in unserem Antrag gefordert wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor der nächsten Rede gebe ich die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt. Das betraf zum einen den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Herausforderung Klimawandel – Walderhalt jetzt I: Zusätzliche Försterinnen- und Försterstellen zur Bewältigung der gestiegenen Anforderungen aufgrund des Klimawandels" auf Drucksache 18/8355. Mit Ja haben 41, mit Nein 77 Abgeordnete gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Das betraf zum anderen den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Herausforderung Klimawandel – Walderhalt jetzt IV: Ausbau des Vertragsnaturschutzprogramms Wald (VNP Wald)" auf Drucksache 18/8358. Mit Ja haben 30, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Wir kommen jetzt zum nächsten Redner. Das ist Maximilian Deisenhofer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Zellmeier, ich denke, wir sind uns im Kern ja einig. Die Lokalfernsehsender in Bayern leisten unter dem Strich gerade im ländlichen Raum aner-

kennenswerte Arbeit; sie sollten auch in den nächsten Jahren von uns gefördert werden.

Zuerst muss man an dieser Stelle aber noch etwas zur Reihenfolge der Verkündung dieser Maßnahme sagen. Es ist schon symptomatisch, dass die Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN das Thema nicht etwa selber vorangetrieben haben, nein: Zuerst wurde es einmal von der Staatsregierung im Kabinett verkündet. Wir haben das soeben gehört. Inzwischen ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, zu dem es bereits die Erste Lesung gab. Wochen später gab es dann einen entsprechenden Antrag der Regierungsfraktionen im Landtag. Das ist aus meiner Sicht schon ein bisschen symptomatisch. Anscheinend beschränkt man sich an dieser Stelle auf Jubelanträge, in denen – und nicht anders herum – die Initiativen der Staatsregierung aufgegriffen werden.

Jetzt aber zum Inhalt: Wir haben in den letzten Monaten gesehen, wie wichtig Qualitätsjournalismus ist. Unsere Lokal-TV-Sender sind natürlich zuverlässige Medien, auf die sich die Menschen auch in der Krise verlassen können. Manche dieser Medien wurden zu ihrem Glück ja regelrecht gezwungen. Da gab es schon mal kritische Nachfragen, wenn nicht jede einzelne Sendesekunde von Söder-Pressekonferenzen auch tatsächlich übertragen wurde.

À propos Corona: Der Kollege Zellmeier hat angesprochen, dass wir, glaube ich, die erste Fraktion waren, die hier im Landtag schon im April gefordert hat, dass es ein eigenes Rettungspaket für die bayerische Medienlandschaft geben müsse. Wir haben als Erste erkannt, dass die Werbeeinbrüche die Sender – egal ob Radio oder Fernsehen – vor große Probleme stellen werden. Das waren doch wir GRÜNE. Da brauchen wir uns doch hier nicht nachsagen zu lassen, wir hätten für Lokal-TV-Journalismus überhaupt nichts übrig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wir wollen, wie eingangs schon erwähnt, unsere Lokal-TV-Stationen weiter fördern. Wir würden uns allerdings eine etwas andere Form der Förderung wünschen. Kollege Zellmeier, genau hier besteht der Unterschied. Wir wollen, dass es nicht nur eine pauschale Förderung mit der Gießkanne gibt, sondern wir wollen gute und vielfältige Programme noch mehr belohnen. Dann würden nämlich genau die Stationen mehr belohnt, die auch wirklich in Inhalte investieren.

Letzter Punkt. Der neue Zuschnitt der Satellitenverbreitung ab 2021 hat vor Ort völlig unterschiedliches Echo hervorgerufen. Wie bei jeder geplanten Reform gibt es auch hier Gewinner und Verlierer. Ich denke, das ist ganz normal. Aus unserer Sicht braucht es aber nicht einen Runden Tisch nur zu dem einen Punkt der Verbreitung, sondern zur Zukunft des Lokalfernsehens insgesamt. Wo sollen unsere TV-Lokal-Sender in zehn Jahren stehen? Wie werden sie finanziert, wie werden sie verbreitet, und worin bestehen ihre zentralen Aufgaben? Da gibt es aus unserer Sicht noch viel Klärungsbedarf. Klärungsbedarf gibt es auch bei der Frage, wie unsere Lokal-TV-Sender endgültig den Sprung ins Digitalzeitalter schaffen können.

Zusammengefasst: Die Förderung ist im Kern richtig. Wir werden uns bei dem Jubelantrag der Regierungsfraktionen aber enthalten. Wir wollen für die Förderung nämlich Qualitätskriterien in den Vordergrund stellen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Christian Klingen von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen, meine Damen und Herren! Eine vielfältige und flächendeckende Medienlandschaft in allen Regionen Bayerns – wer möchte das nicht? Gerade wir als AfD stehen für möglichst große Medienvielfalt. Selbstverständlich sind die Angebote der lokalen und regionalen Fernseh-

sender ein wesentlicher Bestandteil dieser Medienlandschaft. Sie sollen das auch in Zukunft bleiben; denn sie sind nah am Bürger und seinen Interessen, sind nah an lokalen Ereignissen. Sie senden regionale Ereignisse, Nachrichten und auch Statements der regionalen Abgeordneten hier aus dem Landtag, unter anderem – wie schon vorhin erwähnt – via Plenum-TV. Die Bürger können auf diese Weise den für sie in ihrem Wahlkreis zuständigen Abgeordneten kennenlernen. Die lokalen TV-Sender sind damit eine wichtige Informationsquelle.

Die lokalen TV-Sender bemühen sich aber vor allem weitgehend um Objektivität und sind noch weit vom Propagandatreiben der Öffentlich-Rechtlichen entfernt, die mehr und mehr zum Staatsfunk mit selbst ernanntem Erziehungsauftrag verkommen sind. Die Öffentlich-Rechtlichen haben in grenzenloser Selbstgerechtigkeit und in pseudomoralischem Höhenflug den journalistischen Informationsauftrag und die Neutralitätspflicht in Begriffe wie "Haltung" und "Gesinnung" umgemünzt; das ist nichts weiter als Indoktrination und Gehirnwäsche, in deren Folge Weltanschauung schnell mal zu "Hate speech" verklärt wird. Wir erinnern uns an den schönen Begriff des "Framing". Derartige Manipulationstechniken wurden in einem Gutachten erarbeitet, das die ARD für 120.000 Euro Gebührengelder in Auftrag gegeben hatte.

Die privaten Sender des Lokal-TV haben den journalistischen Auftrag der unparteiischen, faktenbasierten Berichterstattung in seinem ursprünglichen Sinn noch stärker verinnerlicht. Sie würden mit 120.000 Euro vermutlich weit verantwortungsbewusster umgehen und sind allein schon deshalb zu unterstützen.

Die CSU formuliert es in der Begründung ihres Antrags so treffend:

> Gerade in Krisenzeiten wird die Bedeutung von Qualitätsmedien und Qualitätsjournalismus einmal mehr deutlich.

Ja, Qualitätsjournalismus, meine Damen und Herren, den brauchen wir mehr denn je, und das nicht erst seit heute. Im Zuge der Corona-Pandemie und der überzogenen Maßnahmen der Regierung ist allerdings zu befürchten, dass nicht wenige private Lo-

kalfernsehsender in Schwierigkeiten geraten, eben, weil die Werbeeinnahmen wegbrechen. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einer Sonderförderung für lokales Fernsehen aus öffentlichen Mitteln – so, wie es in der Schweiz und in Österreich schon lange gehandhabt wird.

Allerdings gibt es ein Problem, das dringend der Lösung bedarf: Die Lokalsender sind schlecht zu finden, weil sie bei der werkseitigen Listung der Sat-Empfangsgeräte zu weit hinten angeordnet sind. Dies müsste dringend geändert werden. Außerdem sollte es eine übergeordnete Mediathek aller Lokalsender und eine App geben, mit der man individuell alle Beiträge auch online abrufen kann. Das ist insbesondere für junge Menschen wichtig, die weniger klassisches, sogenanntes lineares Fernsehen schauen, sondern vielmehr kurze Beiträge, die sie auf das Smartphone abrufen können. Mit einer umfassenden Mediathek könnten auch jüngere und damit, wie es so schön heißt, werberelevante Zielgruppen erschlossen werden.

Meine Damen und Herren, in meiner Eigenschaft als Mitglied des Medienrates würde ich es begrüßen, wenn wir den privaten Lokalsendern tatsächlich ein Stück weit unabhängigen Qualitätsjournalismus erhalten könnten. Ich hoffe, dass mit der finanziellen Förderung nicht, wie es bei den öffentlich-rechtlichen Staatsmedien der Fall ist, bestimmte Weisungen einhergehen und politische Linientreue gefordert wird.

Als Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien stimme ich dem vorliegenden Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf: Oh! Da klatscht selbst von den eigenen Leuten kaum jemand!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Karl.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der CSU-Fraktion, mir erschließt sich beim besten

Willen nicht, warum ihr diesen Antrag hochgezogen habt. Er war schon im Ausschuss positiv erledigt. Dort waren wir uns einig, dass mit dem Kabinettsbeschluss auch genau das umzusetzen ist, was in dem Antrag gefordert wird. Am kommenden Donnerstag beraten wir im Wirtschaftsausschuss über einen Gesetzentwurf, mit dem ebenfalls genau das umgesetzt werden soll, was in dem Antrag gefordert wird.

Wir haben diesem Antrag zugestimmt, weil auch wir den lokalen Journalismus unterstützen. Wir sind für Qualitätsjournalismus.

Ich sage euch und Ihnen aber auch ganz eindeutig: So geht es nicht! Wir brauchen unsere Zeit hier nicht damit zu vertun, ständig über Ergebenheitsadressen an die Staatsregierung zu debattieren, zuerst im Ausschuss und dann noch einmal Plenum.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb beschließe ich jetzt meinen Redebeitrag. Alles andere käme dem Diebstahl von Lebenszeit gleich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Kollege Helmut Markwort von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Helmut Markwort (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht nicht um die Bayerische Staatsregierung; es geht um die Bürger und Zuschauer in Bayern. Sie haben das Recht, sich aus vielen unterschiedlichen Quellen zu informieren. Angesichts dessen muss man sagen, dass das lokale und regionale Fernsehen eine erfreuliche bayerische Spezialität ist.

Wir haben auf der einen Seite den Bayerischen Rundfunk, der mit seiner Landesperspektive nur ab und zu aus den Regionen berichtet. Wir haben auf der anderen Seite Tageszeitungen, von denen viele eine Monopolstellung einnehmen und die aus ihrer Sicht die Ereignisse kommentieren. Dazwischen haben wir, wenn die Anbietergruppe

gut organisiert ist – worum sich ja die BLM bemüht; es klappt nicht immer –, die unabhängigen lokalen und regionalen Fernsehanbieter. Das Recht auf Pressefreiheit, das in Artikel 5 Grundgesetz steht, umfasst ja nicht nur das Recht von Journalisten und Verlegern, ihre Meinung zu verbreiten; es umfasst auch das Recht der Zuschauer, sich aus unterschiedlichen Quellen zu informieren. Die Funkanalyse Bayern zeigt, dass die Regionalsender zunehmend Zuschauer gewinnen. Wenn in Aschaffenburg, Rosenheim oder Ingolstadt täglich lokale Fernsehsendungen ausgestrahlt werden, ist das eine absolute Bereicherung, die wir unterstützen müssen. Das hat mit Regierungsnähe nichts zu tun. Das ist das Recht der Zuschauer.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächster Redner macht sich schon Kollege Nikolaus Kraus von der FREIEN-WÄHLER-Fraktion auf den Weg. Bitte schön, Herr Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin beileibe nicht der Älteste hier herinnen, aber auch nicht mehr einer der Jüngsten. Wenn ich zurückdenke, wie wir aufgewachsen sind, dann erinnere ich mich, dass wir Fernsehen mit nur fünf Programmen hatten; in unserem Gebiet waren darunter zwei österreichische Sender. Das Programm begann nachmittags um vier, und um 24 Uhr war Feierabend. Nur einmal, am Samstag, ging es mit "Aus meiner Rocktasche" bis früh um zwei. Das war eine Zeit, in der man in der Schule über diese wenigen Sender sprach. Diese Zeit ist aber lange vorbei. Die Medienlandschaft hat sich unwahrscheinlich verändert. Dazu hat auch die Digitalisierung beigetragen.

Alles, was von Vorteil ist, hat natürlich auch einen Nachteil; es ist also ein zweischneidiges Schwert. Die zweite Seite der Medaille ist: Diese Digitalisierung ist in erster Linie etwas für die großen Player. Aus meiner Sicht und aus der Sicht von Leuten, mit denen ich mich darüber unterhalten habe, besteht schon die Gefahr, dass monopolartige Zustände entstehen, weil die Marktbeherrschung zum Teil ganz massiv ist. Des-

halb stehen die FREIEN WÄHLER zu über 100 % – ich weiß, das geht nicht – hinter den Privatsendern.

Bei einer Feststellung muss ich einem Vorredner fast recht geben: Es ist durchaus ein bisschen ein Problem, diese Sender zu finden. Insoweit besteht natürlich Handlungsbedarf; aber dieses Problem kann man lösen.

Wer schon einmal einen Privatsender besucht hat und auch bei denen im Büro war, der weiß, dass mancher Handwerker ein größeres Büro und weniger Mitarbeiter hat, und der weiß auch, was die Mitarbeiter dieser Privatsender draußen in der Fläche leisten. Ich war wirklich fasziniert und begeistert, als ich diese Sender besucht habe.

Um es zu verkürzen – auch ich will nicht Lebenszeit stehlen –: Die FREIEN WÄHLER stehen zu über 100 % hinter diesem Antrag. Deshalb werden wir ihn natürlich unterstützen.

Mir hat auch gefallen, dass ein Kollege erwähnte, was diese Sender in Corona-Zeiten für einen Auftrag hatten und haben. Auch ich habe einige Gottesdienste im TV angeschaut. Dann wartet man nur noch, bis die Hostie kommt; aber das ist technisch noch nicht möglich. Das braucht es auch nicht; da zählt der Wille für das Werk. Mir hat wirklich gefallen, was diese Privatsender auch in dieser Zeit geleistet haben. Deswegen: Zustimmung von den FREIEN WÄHLERN zu diesem Antrag!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Annahme des Antrags. Wer dem gemeinsamen Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD, ein Teil der Fraktion der AfD und ein Teil der Fraktion der FDP. Frakti-

onslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Wer ist gegen diesen Antrag? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, ein Teil der Fraktion der AfD und Kollege Fischbach. Damit ist diesem Antrag zugestimmt worden.